



Regierungsratsbeschluss vom 21. April 2020

Kantonale Volksinitiative "für erschwingliche Parkgebühren"; rechtliche Zulässigkeit und weiteres Verfahren

P200178

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Initiative dem Regierungsrat zur Bericht-erstattung zu überweisen.

Begründung

Die kantonale Gesetzesinitiative „für erschwingliche Parkgebühren“ ist aus Sicht des Regierungsrates rechtlich zulässig. Der Regierungsrat steht der Initiative jedoch kritisch gegenüber, weil die Preisanpassungen bei den Parkkarten einen spürbaren Beitrag zur Reduktion der Parkierungsnachfrage im Strassenraum geleistet haben. Mit der Annahme der Initiative würde sich die Verfügbarkeit von Parkplätzen für Anwohnerinnen und Anwohner wieder verschlechtern. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen; dies insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden politischen Diskussionen zur Förderung von Quartierparking und zur Zulassung von Mehrfachnutzungen auf Privatparkplätzen.

